



Für sauberen, bezahlbaren und preiswerten Strom

Die Energiewende stellt Deutschland vor große Herausforderung. Sie kann nur dann gelingen, wenn Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Voraussetzung dafür ist eine verlässliche Versorgung mit sauberer und bezahlbarer Energie. Wie dies sichergestellt werden kann, darüber diskutierte die CDU/CSU-Fraktion mit Vertretern von Wirtschaft und Verbänden auf einem Kongress. Dass sie damit einen Nerv traf, zeigt das rege Interesse am Thema: Über 600 Gäste nahmen teil.

Gleich zu Beginn des Kongresses stellte Fraktionschef Friedrich Merz eines klar: Wirtschaft, Energieversorgung und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander betrachten, sie müssen als Einheit verstanden werden. Das Ziel, das Deutschland bis 2045 klimaneutral wird, kann nur erreicht werden, wenn die Wirtschaft prosperiert. Dafür wiederum brauche es eine preisgünstige und sichere Energieversorgung – und zwar für alle, betonte Merz. Nur wenn Energie bezahlbar bleibe, sichere man sich auch die gesellschaftliche Akzeptanz für die Energiewende.

Um die Energiekosten zu senken, müssten die Energiesteuern auf das europäische Mindestmaß reduziert und die Netzentgelte halbiert werden, forderte Merz. Zu diesem Zweck sollte auch die Kooperation im europäischen Binnenmarkt sowie bilateral mit den Nachbarstaaten Deutschlands ausgebaut werden. Der Fraktionsvorsitzende sprach sich außerdem dafür aus, alle verfügbaren CO₂-freien Energiequellen in den Energiemix mit einzubeziehen oder zumindest ihre Eignung zu prüfen. Dazu gehöre auch die Forschung an der Kernfusion.

Ohnehin plädierte Merz eindringlich für Technologieoffenheit. Die Politik dürfe sich nicht anmaßen zu wissen, welche Technologien in 20 bis 30 Jahren die richtigen seien. Sie könne lediglich gute Rahmenbedingungen schaffen, um Innovationen zu ermöglichen. Die Marktwirtschaft Sorge dann dafür, dass die besten Ideen für Produkte und Verfahren sich durchsetzen.

Mit Blick auf die bisherige Ampel-Koalition, die mit ihrer Regulierungswut das Vertrauen der Bürger in die Transformation hin zu den Erneuerbaren zerstört habe, fordert die Union eine Kurskorrektur. Auch Fraktionsvize Jens Spahn brach eine Lanze für Technologieoffenheit, vor allem aber dafür, dass Deutschland wieder die Ambition zeige, in technologischen Entwicklungen weltweit an der Spitze zu stehen. Mit ausreichend Ambition könne Deutschland in Zukunft vielleicht das erste Land sein, das Energie aus Abwasserwärme gewinne oder das Kernfusionsreaktionen baue.

Die Gewinnung von Abwasserwärme oder die CO₂-neutrale Herstellung von Zement gehörten zu den Projekten, die in kurzen Pitches von innovativen Unternehmen auf dem Kongress vorgestellt wurden. Auf dem Podium wurde darüber hinaus diskutiert, wie der Netzausbau vorangetrieben und finanziert werden kann. Es ging außerdem um die Fragen, wie die bestehenden Verteilernetze künftig für Wasserstoff genutzt werden können und wie der Kapazitätsmarkt zu gestalten ist, der immer dann zur Verfügung stehen muss, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



nach monatelangen Querelen über den Kurs in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich in dieser Woche zuspitzten, ist die Ampel am Mittwoch mit einem großen Knall und gegenseitigen Schuldzuweisungen geplatzt. SPD und Grüne haben nun ohne FDP keine Mehrheit mehr im Bundestag. Ohne diese Mehrheit ist Kanzler Scholz handlungsunfähig. Scholz will jedoch bis Anfang des nächsten Jahres mit wechselnden Mehrheiten regieren und erst am 15. Januar die Vertrauensfrage stellen. Das würde Deutschland endgültig in den politischen Stillstand führen. Die Lage in Deutschland und der Welt ist aber viel zu ernst für eine solch desolante rot/grüne Rumpfregierung. Deshalb müssen nach dem Bruch der Ampel jetzt die Wählerinnen und Wähler sehr zügig entscheiden, wer das Land in den kommenden vier Jahren führen soll.

Die Vertrauensfrage muss darum jetzt gestellt werden. Das wäre ehrlich und der Lage angemessen. Deswegen hat die CDU/CSU-Fraktion gestern einen einstimmigen Beschluss gefasst, den Bundeskanzler aufzufordern, noch in dieser, spätestens aber Anfang der kommenden Woche die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen.

Dann kann nach der Entscheidung des Bundespräsidenten der Bundestag aufgelöst und binnen 60 Tagen danach neu gewählt werden. Bis zur Auflösung des Bundestages sind wir als Union selbstverständlich bereit, über dringende Themen Gespräche zu führen und dann auch eine Abstimmung im Bundestag zu ermöglichen. Wir sind allerdings nicht dazu bereit, als Ersatzspieler für die gescheiterte Politik der Ampel einzutreten.

Der Rausschmiss der FDP aus der Koalition war offensichtlich von langer Hand vorbereitet. Das üble Nachtreten von Olaf Scholz gegenüber der FDP ist respektlos und seinem Amt als Bundeskanzler unangemessen. Selbst nach der Trennung der Koalition macht die Ampel das, was sie am besten kann: untereinander streiten. Wir wollen hingegen Deutschland zurück zu wirtschaftlicher Stärke führen, die Sicherheit herstellen und die Migration ordnen und steuern. Wir wollen eine Politik, die in unserem Land den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Die Regierung Scholz blockiert eine kraftvolle Wirtschaftspolitik

Die Bundesagentur für Arbeit hat am heutigen Mittwoch die Arbeitsmarktzahlen für Oktober 2024 veröffentlicht.

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen sind alarmierend und zeigen, dass sich der erhoffte Herbstaufschwung in diesem Jahr weitgehend in Luft aufgelöst hat. Insgesamt liegt die Arbeitslosenzahl um 183.000 über dem Vorjahresniveau. Der Arbeitsmarkt stagniert im Vergleich zum Vormonat, die Arbeitslosigkeit verharrt bei sechs Prozent. Das zeigt, dass es keine ausreichende Dynamik für neue Arbeitsplätze gibt.

Die Bundesregierung hat es versäumt, durch eine kraftvolle Industriepolitik Wachstumsimpulse zu setzen. Statt Unternehmen zu entlasten und Standortbedingungen zu verbessern, setzte die Ampel auf mehr Bürokratie und mehr Abgaben. Wichtige Weichenstellungen für Investitionen und Innovation werden blockiert, was sich nun in steigender Arbeitslosigkeit und schwächelnder Nachfrage nach Arbeitskräften niederschlägt.

Als Union fordern wir die Bundesregierung auf, endlich eine entschiedene wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Wende einzuleiten: Wir brauchen eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik, die den Standort stärkt, Investitionen fördert und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sichert. Nur so können wir eine echte Belebung am Arbeitsmarkt schaffen und den Menschen in unserem Land langfristige Perspektiven bieten.

Impressum:

Ausgabe Nr. 17/2024,
08. November 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Insolvenzwelle stoppen – Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen

Die Insolvenzen in Deutschland steigen mit hoher Geschwindigkeit. Laut Statistischem Bundesamt lag der Wert der Regelinsolvenzen im ersten Halbjahr des Jahres 2024 um knapp ein Viertel (24,7 %) über dem Wert des Vorjahres.

Lange haben Vertreter der Regierung die steigende Zahl an Konkursen heruntergespielt und darauf verwiesen, dass ein Großteil des Anstiegs auf eine Normalisierung nach der Corona-Pandemie zurückzuführen sei. Mittlerweile wurde jedoch das Vor-Corona-Niveau überschritten. Von einer Normalisierung kann also keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, immer mehr Unternehmen geht die Luft aus, weil sie unter einer Vielzahl an Belastungen leiden, die unter der Ampelregierung erheblich verschärft wurden. Das gilt zum einen für die Energiepreise – trotz des Rückgangs der letzten Monate. Im internationalen Vergleich sind die Endkosten, insbesondere für Strom, die auch Backupkapazitäten, Netzentgelte und Margen im Handel berücksichtigen, für die Unternehmen so hoch, dass ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit in dieser Hinsicht unverändert leidet.

Hinzu kommt, dass die Kosten der Regulierung unter der Ampel-Regierung rasant ansteigen. Statt ein Belastungsmoratorium auf den Weg zu bringen und die vorhandenen Regulierungsinitiativen der letzten Jahre auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, werden die deutschen Unternehmen mit immer neuen Vorgaben wie dem Lieferkettengesetz, den Berichtspflichten zum Mindestlohn oder dem Gebäudeenergiegesetz belastet. Hinzu kommen Eingriffe in die Lohnpolitik durch den politisch hochgesetzten Mindestlohn, der auch zu einem Wegfall von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich geführt hat, sowie Fehlanreize in der Sozialpolitik, insbesondere durch das Bürgergeld.

Die Folge: Deutschland büßt im Rekordtempo Wettbewerbsfähigkeit ein. Laut dem jüngst veröffentlichten IMD-Standortranking ist Deutschland 2024 auf Platz 24 zurückgefallen, nachdem es 2022 noch auf Platz 15 von insgesamt 64 Ländern lag. Dieser Rückgang binnen zweier Jahre entspricht ziemlich genau dem, was zuvor in acht Jahren – ausgehend von einem internationalen Spitzenplatz – an Wettbewerbsfähigkeit verloren ging. Dieses neue „Deutschlandtempo“ lässt befürchten, dass die Zahl der Insolvenzen in den kommenden Monaten weiter steigen wird, zumal laut IMD „ineffizientes Regierungshandeln“ ein wesentlicher Treiber für den Anstieg der Unternehmenspleiten ist.

Jetzt braucht es aber mehr Freiräume für Unternehmen durch Bürokratieabbau und Deregulierung, mehr Liquidität durch Steuersenkungen und einen Pakt für Leistung, der Arbeit anreizt, statt einer Flucht ins Bürgergeld.

Zudem muss die Modernisierung des deutschen Unternehmenssteuerrechts erfolgen. Hier fordert die CDU/CSU unter anderem:

- die Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne auf 25 % abzusenken;
- den Solidaritätszuschlag schrittweise vollständig abzuschaffen;
- eine rechtsformneutrale Besteuerung zu erreichen, indem insb. das Optionsmodell nach § 1a KStG wesentlich verbessert wird, und
- den Rücktrag von Verlusten flexibel auszugestalten und auszuweiten sowie die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag auszusetzen.